



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 7 - V - 0 1 - 0 0 3 6**

(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) I, IV, VI

Gründung der EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main GmbH

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

| | | |
|-------------------------------------|---|---|
| Personal- und Organisationsamt | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| Kämmerei | reine Personalvorlage <input type="radio"/> | → s. unten <input checked="" type="radio"/> |
| Rechtsamt | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| Umweltamt: Umweltprüfung | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| Frauenbeauftragte nach - dem HGIG | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| - der HGO | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| Straßenverkehrsbehörde | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| Projekt-/Bauinvestitionscontrolling | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| Sonstige: | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

| | | | |
|----|-------------------------------------|--|---|
| a) | Ortsbeirat | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| | Kommission | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| | Ausländerbeirat | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| b) | Seniorenbeirat | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| | Magistrat | Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/> | Tagesordnung B <input type="radio"/> |
| | Eingangsstempel Büro des Magistrats | Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/> | |
| | Stadtverordnetenversammlung | nicht erforderlich <input type="radio"/> | erforderlich <input checked="" type="radio"/> |
| | Ausschuss | öffentlich <input checked="" type="radio"/> | nicht öffentlich <input type="radio"/> |
| | Eingangsstempel Amt 16 | <input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht | |

Bestätigung Dezernenten

Gerich Imholz Möricke
 Oberbürgermeister Stadtkämmerer Stadträtin

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden, 02.09.2017

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
 Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

| IM | CO | Jahr | Bezeichnung | Gesamtkosten in € | darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in € | Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in € | Kontierung (Objekt) | Kontierung (Konto) | Bezeichnung |
|--------------------------------|----|------|-------------|----------------------|--|---|------------------------|-----------------------|-------------|
| | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | |
| Summe einmalige Kosten: | | | | | | | | | |

| | | | | | | | | | |
|---------------------------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | |
| Summe Folgekosten: | | | | | | | | | |

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Gründung einer Regionalen Entwicklungsgesellschaft für die Metropolregion Rhein-Main (EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main GmbH). Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung von Wohnbauflächen in Kommunen des Rhein -Main Gebietes unter besonderer Berücksichtigung der Schaffung von Wohnbauflächen für bezahlbaren Wohnraum.

Anlagen:

Gesellschaftsvertrag der Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main GmbH (EGM)

C Beschlussvorschlag:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden gründet gemeinsam mit der ABG Frankfurt Holding GmbH die EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main GmbH (EGM).
2. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung von Wohnbauflächen in Kommunen des Rhein -Main Gebietes unter besonderer Berücksichtigung der Schaffung von Wohnbauflächen für bezahlbaren Wohnraum. Die Gesellschaft soll zu 50% die SEG Wiesbaden mbH (SEG) und zu 50% die ABG Frankfurt Holding GmbH gehören. Dezernat VI/20 wird mit der Herbeiführung eines entsprechenden Gesellschafterbeschlusses beauftragt. Die SEG ist mittels des Gesellschafterbeschlusses anzuweisen, die Gründung zu initiieren und das notwendige Stammkapital einzulegen. Als Geschäftsführer ist der Geschäftsführer der SEG Herr Roland-Alexander Stöcklin zu bestellen.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - a. es sich bei der EGM - analog zur SEG (siehe Sitzungsvorlage 13-V-20-0055) - auf Grundlage von § 121 Abs. 2 HGO um eine nichtwirtschaftliche Betätigung im Sinne der HGO handelt und daher die Erfüllung der Kriterien nach § 121 Abs. 1 HGO sowie die Markterkundung nach § 121 Abs. 6 HGO nicht notwendig sind,
 - b. auch § 121 Abs. 5 (Örtlichkeitsprinzip) nicht tangiert ist, da die EGM nur im Auftrag, also im Interesse, von kommunalen Gebietskörperschaften tätig werden kann und daher die Interesse der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften per se gewahrt werden.
4. Der als Anlage beigefügte Entwurf des Gesellschaftervertrages wird beschlossen.
5. Dezernat VI/20 wird beauftragt die Gründung gemäß § 127a HGO dem Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport (HMdluS) anzuzeigen. Dezernat VI wird beauftragt die Beschlüsse zu 1 und 2 erst sechs Wochen nach Eingang der Anzeige beim HMdluS zu vollziehen.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

Keine Auswirkung

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit

und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Von den gut 2.300 Hektar Reserveflächen für Wohnen im RegFNP (Wohnbauflächen und 50 % der Mischbauflächen) wurden zum Jahresende 2015 erst rund 11 % „verbraucht“. Daher stehen im Verbandsgebiet immer noch umfangreiche Reserven für Wohnen in einer Größenordnung von etwa 2.100 Hektar zur Verfügung. Bei einer Bebauung mit einer durchschnittlichen Dichte von 45 Wohneinheiten pro Hektar – gemäß den Vorgaben des Landesentwicklungsplans – bieten diese Reserveflächen Potenziale für 92.000 Wohnungen.

Die Umsetzung der Flächenentwicklung scheidet im Alltag an den vielfältigsten Gründen. Die Gründe können in örtlichen Widerständen, in lärmtechnisch komplex zu lösenden Anforderungen oder auch in Veränderungen aus dem Bereich FFH im Vergleich zur Aufstellungsdatum des RegFNP kommen.

Die neue Gesellschaft wird die Kommunen mit Know How unterstützen und ist auch in der Lage, den notwendigen Dialog mit den Bürgern erfolgreich zu führen. Neben dem Beherrschen des Handwerkszeugs, der städtebaulichen Projektentwicklung ist dabei besonders die Einbindung der örtlichen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsträger von großer Bedeutung.

Eine Entwicklungsgesellschaft mit starkem kommunalem Erfahrungsschatz kann etliche Flächenpotentiale, die bisher nicht für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen, im Sinne des Gemeinwohls aktivieren und entwickeln.

Nur ein steigendes Angebot kann das zurzeit bestehende Missverhältnis zwischen Nachfrage, Angebot und Preis auf Dauer abmildern.

Wiesbaden, 06. September 2017

Sven Gerich
Oberbürgermeister

Sigrid Möricke
Stadträtin

Axel Imholz
Stadtkämmerer